



## Susanne Schneider MdL

Mitglied der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen  
Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation  
Sprecherin für Gesundheit

Landtag NRW • Susanne Schneider MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4458  
Fax: (0211) 884-3658  
E-Mail: susanne.schneider-mdl  
@landtag.nrw.de  
Düsseldorf, 23.01.2013

### Pressemitteilung

## Schneider: FDP will Lebensqualität schwerstkranker Kinder verbessern

Die FDP setzt sich für die Verbesserung der Lebensqualität schwerstkranker Kinder ein. „Aus der Praxis hat es Hinweise auf Probleme bei der Kostenübernahme gegeben. Diese Sorgen nehmen wir ernst.“ Der Landtag hat heute auf Antrag der FDP über die Schwierigkeiten von Kinderhospizen sowie ihren Patienten und Familien debattiert. „Es ist Anliegen der FDP, dass der Zuschuss zur voll- und teilstationären Versorgung in einem Kinderhospiz während unterschiedlicher Erkrankungsstadien einheitlich sichergestellt ist“, erklärte Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion in der Debatte. Verwundert zeigte sich Schneider über die Aussage von Landesgesundheitsministerin Steffens, von derartigen Problemen keine Kenntnis zu haben. Schneider erklärte: „Ich hätte von der Ministerin erwartet, sich im Vorfeld der Antragsberatung bei den Kinderhospizen über ihre aktuelle Situation zu erkundigen.“

In NRW werden circa 3600 Kinder mit lebensbegrenzenden Erkrankungen behandelt. Dabei sind neben qualitativer Behandlung und Pflege auch Hilfen für die Familien notwendig. Angebote der pädiatrischen Palliativversorgung sowie ambulante Kinderhospizdienste und Kinderhospize leisten dabei eine wichtige Unterstützung. „Die bedeutsame Arbeit der Kinderhospize wird zum großen Teil durch das Engagement der Mitarbeiter sowie zahlreicher Ehrenamtler ermöglicht, der Betrieb wird vor allem durch Spendengelder gewährleistet. Die Krankenkassen übernehmen nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Kosten“, erläutert die Gesundheitspolitikerin.

Hintergrund des FDP-Antrages ist eine im Jahr 2010 abgeschlossene Rahmenvereinbarung, die die Vergütung vereinfachen sollte. Von einzelnen Kostenträgern wird diese Vereinbarung jedoch sehr restriktiv ausgelegt. Der FDP-Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie in den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.